

Wofür noch Mitarbeiter bei der Stadt?



Aufgrund des städtischen Sparpaketes soll jede zweite frei werdende Stelle in der Stadtverwaltung nicht wieder besetzt werden. Bis zum Jahr 2014 bedeutet das 500 Mitarbeiter weniger, von jetzt 9.000.

Der Wegfall von Arbeitsplätzen, ist ein Anschlag auf die Zukunft der Auszubilden-

den und Jugendlichen und er wird zur Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen führen. Dagegen zu kämpfen geht alle an, die Beschäftigten, den Personalrat, die Gewerkschaft und die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

„Wirtschaft empfiehlt mehr Personalabbau“

So titelte die WAZ am 6.3.2010. Der Sprecher des Essener Unternehmerverbands Henner Puppel (früher Chef der Nationalbank) will, das sogar JEDE frei werdende Stelle bei der Stadtverwaltung wegfällt. Das wären dann bis zum Jahr 2014 insgesamt 1.000 Stellen weniger. Aber Hauptsache die Stadt hebt die Gewerbesteuer nicht an, weil ja die Wirtschaft so arm ist. Herrn Puppel jedenfalls ist die Zukunft der Arbeiter und Angestellten und der Auszubildenden ziemlich egal. Und die Versorgung der Bürger mit städtischen Dienstleistungen ebenfalls.

Naja nicht ganz, denn diese Dienstleistungen können dann ja – natürlich kostenpflichtig – durch die „Privatwirtschaft“ erbracht werden. Nur wer soll die dann noch bezahlen, wenn keiner mehr Arbeit hat?

Man stelle sich nur vor: Müllabfuhr, Kinderbetreuung, Parkanlagen, Schulen, Straßen, Schwimmbäder usw. alles privatisiert! Geht nicht?

Es ist durchaus an der Zeit von den Unternehmern zu lernen: Herr Puppel vertritt mit einer Stimme die Interessen einer Klasse, seiner Klasse, die des Kapitals. Zusammen stehen und mit einer Stimme sprechen bedeutet Macht. Leider gilt für die Proteste in Essen noch, dass jeder seine separaten Interessen vertritt. Solange sich das nicht ändert, reiben sich die Hintermänner der kommunalen Ausblutung die Hände, denn jeder stirbt für sich alleine.

Haste mal nen Euro? Kein Spendenaufruf.

Arbeiten für einen Euro die Stunde. Und das bei der Stadt. Mal ehrlich, beim Betteln kriegt man doch mehr, oder? Ach nein, da kam ja schon jemand auf die Idee, Betteleinkünfte von Hartz IV abzuziehen. Unwürdig ist das. Und trotzdem schaffen viele noch gerne für nen Euro. Warum? Das Gefühl noch was Wert zu sein. Mein Gefühl ist mehr Wert als 1 Euro. Basta.

Nur der Stadt wohl nicht, die schon seit vielen Jahren immer mehr Menschen auf diese Art ausbeutet. Grün & Gruga, RGE, ABEG und wahrscheinlich noch andere Gesellschaften der Stadt beschäftigen zu diesem Niedriglohn. Früher waren das tarifliche Arbeitsplätze. Hartzter zahlen keine Lohnsteuern. Ich arbeite zwar billig, koste der Stadt als Hartzter aber auch Geld. Sinn macht das keinen. Jetzt heißt das Wiedereingliederung, Qualifizierung usw.. Ausgliedern um wieder einzugliedern, lächerlich. Die Agenda 2010 und Hartz IV muss weg, die Krokodilstränen der Sozis die das verzapft haben sind Heuchelei.

Hartz IV: Anspruch auf mehr Wohnfläche

Seit Wochen gibt es Verwirrung um die Größe der Wohnungen, die für BezieherInnen von ALG II oder Grundsicherung als angemessen gelten. Verantwortlich dafür sind neue „Arbeitshilfen“ des Ministeriums für Arbeit, ... (MAGS). Diese halten sich nach Ansicht des Mieterforum Ruhr nicht an die geltende Rechtslage. Das MAGS hält 47 qm für eine Person, 62 qm für zwei Personen und für jede weitere Person 15 qm mehr, für ausreichend. Gemäß dem Bundessozialgericht müssten die neuen „Wohnraumnutzungsbestimmungen“ (WNB) berücksichtigt werden. Diese sehen 50 qm für eine Person und 65 qm für zwei Personen vor.

Die „Arbeitshilfen“, die nur Empfehlungscharakter haben und nicht rechtsverbindlich sind, stehen in Widerspruch zu höchstrichterlicher Rechtsprechung. Welche Vor-

schriften bei der Bestimmung der Flächenwerte zu berücksichtigen sind, hat für NRW das Bundessozialgericht in seinem Urteil vom 17.12.2009 (4 AS 27/09 R) entschieden.

Das Mieterforum Ruhr (Mietervereine Bochum, Dortmund, Witten und Mietergemeinschaft Essen) fordert daher:

- Das Ministerium (MAGS) muss seine Rechtsauffassung korrigieren.
- Die ARGE und das JobCenter müssen - rückwirkend ab 1.1. - die neuen Bestimmungen anwenden, um eine Flut von Prozessen zu vermeiden.

Solange das nicht geschieht, kann man allen Betroffenen nur raten, gegen Bescheide auf der Grundlage von 47-62-77-92 qm Widerspruch einzulegen.

Knut Unger, Mieterforum Ruhr



Warum wir alle unser letztes Hemd behalten sollten

In unserer Stadt wird nicht viel demonstriert. Doch in den März-Wochen 2010 sah das ganz anders aus. Allein fünf kleine und größere Demonstrationen beschäftigten Politik und Polizei.

Gegen die endgültige Schließung des Schwimmbads „OASE“ ebenso wie eine Demonstration von Kindern gegen Kinderarmut. Über 1.000 Freunde der Kulturhäuser Grillo und Aalto (TuP) gingen gegen Kürzungen bei der TuP auf die Straße. Über 1.500 Fans von Rot Weiß Essen forderten den grundsätzlich zugesagten Neubau eines Stadions ein. Kurz darauf zogen über 6.500 Menschen über den Innenstadtring

um gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und deren Abwälzung auf die „Kleinen“ Bürger zu protestieren. Die Ursache für all diese Proteste und Demonstrationen ist die gleiche: Es heißt, es sei kein Geld (oder nicht genug) da! Vor allem die Redner auf der Demonstration „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ haben diese Behauptung ohne Mühen als falsch entlarvt. Ein Blick in die Wirtschaftsseiten der Tageszeitungen bestätigt, dass gerade die Verursacher der Krise, Banken und Großkonzerne, ihre „Erholungsphase“ längst wieder erreicht haben. Die Regierenden, ob in Bund oder Land, haben uns heute und für

die Zukunft mit hunderten von Milliarden Schulden belastet. Die Verursacher scheffeln bereits heute wieder Gewinne in Milliardenhöhe. Wir Kommunisten sagen, Geld ist genug da, es wird nur falsch verteilt. Deshalb müssen wir Beschäftigte gemeinsam mit den nicht mehr Beschäftigten (Arbeitslose und RentnerInnen) wieder und wieder auf die Straße gehen. Uns nicht mehr von den Lügen beeindrucken lassen. Schließen wir die verschiedenen Protestbewegungen zusammen. Setzen wir uns an einen Tisch und erforschen die gemeinsamen Ursachen unserer Proteste. Machen wir endlich Front gegen die Profiteure an unserer Armut.

Kleingärtner Wird die Scholle ausgedorrt?

Wenn in einer Straße Fahrbahnen, Bürgersteige oder Beleuchtungen erneuert werden, dann werden die Anwohner (Haus-eigentümer) mit zur Kasse gebeten. Je nach Art der Straße sind das bis zu 90% der Kosten. Was bisher nur für Haus- und Grundstückbesitzer galt, soll jetzt auch auf die Kleingärtner ausgedehnt werden. In Einzelfällen kommen damit bis zu 400 € Mehrkosten pro Jahr auf Gärtner zu.

Die Kleingärtner stellen mit ihren Gärten und Grünanlagen einen wichtigen Teil im Grünangebot der Stadt dar. Damit leisten sie einen großen Beitrag zum Freizeit- und Naherholungsangebot in der Stadt. Dafür dürfen sie auf keinen Fall abgestraft werden, das Kommunale Abgaben Gesetz (KAG) muss geändert werden.

Azubis auf dem Abstellgleis

Immer noch ist die Situation für die Auszubildenden der Stadt Essen nicht eindeutig geklärt. Weil wir eine überschuldete Kommune sind, darf kein Azubi übernommen werden. Das bedeutet aber auch, dass auf Dauer niemand die frei werdenden Arbeitsplätze in der Stadt wieder besetzen kann. Wer macht die Arbeit dann? Und: eine Perspektive gibt man Jugendlichen auf die Art sowieso nicht. Immer nur wird über jene Jugendlichen gejammert, die angeblich nicht ausbildungsfähig sind. Ohne Perspektive fehlt eben der Lernwille, das ist doch verständlich. Warum für Hartz IV lernen? Dann soll man sich auch bitte nicht beschweren, wenn sie auf der Straße abhängen und die Leute ärgern.

Geschenke an Konzerne – kürzen bei den Kurzen

Stellen Sie sich vor, Sie sind pleite. Da kommt ihr stinkreicher Verwandter und sagt: „Schenk mir doch mal 2 Millionen!“ Klar, Sie tun das – oder?

Die Stadt tut das und zwar im Falle des Neubaus der Konzernzentrale von E-ON/Ruhrgas auf dem Gelände des ehemaligen Grugastadions. Man munkelt das E-ON das Grundstück schon zu einem Vorzugspreis bekommen hatte, dann klagte E-ON über die Bodenbeschaffenheit und schwupps, schob die Stadt 2 Millionen € über den Tisch. Der Rat der Stadt wurde noch nicht mal informiert. Übrigens, dieses Geschenk an E-ON ist das Mehrfache einiger schlimmer Einsparungen, z. B. der Kürzungen bei der Schulmilch oder bei der Sprachförderung.

Griechenland – und die Banken machen Kasse



Was bis Herbst 2008 undenkbar erschien, kann in diesen Tagen zum zweiten Mal passieren: Ein Staat macht pleite.

War es 2008 mit Island noch ein Land (Insel) am Rande Europas, das in Folge der Bankenkrise zahlungsunfähig wurde, so steht nun eines der Euro-Länder kurz vor der Pleite.

Die Gründe, warum Griechenland in diese Situation geriet, sind vielfältig und sollen hier auch nicht näher beleuchtet werden. Sie sind sicherlich zum Teil hausgemacht. So ist Griechenland eines der am meisten hochgerüsteten EU-Länder.

Andererseits reiht sich Griechenland damit ein in die Reihe der ärmsten EU-Länder bzw. der Beitrittskandidaten, die auf eine ähnliche Situation zu steuern, wie z. B. Portugal, Ungarn, Rumänien oder Bulgarien.

Was für Millionen von Griechen zu einer Existenzbedrohung wird, was für sie heute schon mit massiven Einschnitten in das ohnehin schon schwache Sozialsystem verbunden ist, entwickelt sich für Banken und anderen Spekulanten zu einem El Dorado.

250% Profit und mehr

Was den Staat Griechenland aber wirklich in die Pleite treibt, das ist die Mafia der Banken. Erst leihen die Banken Griechenland Geld, treiben es in immer höhere Schulden.

Natürlich stehen sie für das Geld nicht selber gerade, denn sie verkaufen die Kredite weiter. Als dann der griechische Staat immer mehr Schwierigkeiten bekommt, leihen die Banken weiteres Geld und das zu immer höheren Zinsen.

Und woher kommt dieses Geld? Zu einem erheblichen Teil ist es Geld, das sich die Banken in ihren Heimatländern, bei den Zentralbanken für 3% und weniger ausleihen. In Griechenland bekommen die Banken für das geliehene Geld 8% Zinsen, also gut das 2,5-fache, oder 250%.

Pleite ist gewollt

Die Banken haben nur eines zum Ziel, Griechenland und seine Bevölkerung bis aufs Blut auszusaugen. Und sie tun dies ohne Risiko. Denn ihre Kredite sind durch Risikobürgschaften abgesichert und sie wissen auch, dass die EU für diese Schulden gerade stehen wird, über den Steuerzahler, über uns normale Bürger. Und so können sie die Schulden weiter wachsen lassen und die Zinsen immer weiter nach oben schrauben. Ihr Geld werden sie so oder so bekommen.

Und so beweist sich auf fatale Weise, die Krisenverursacher sind auch die Krisengewinnler.



Unsere Krisenberater

In dieser Rubrik bringen wir in den kommenden Ausgaben Zitate von Klassikern der Kommunistischen Bewegung. Deren Aktualität ist umwerfend.

„Die Geschichte der ganzen bisherigen Gesellschaft bewegte sich in Klassen-gegensätzen, die in den verschiedenen Epochen verschieden gestaltet waren. Welche Form sie aber auch immer angenommen, die Ausbeutung des einen Teils der Gesellschaft durch den anderen ist eine allen vergangenen Jahrhunderten gemeinsame Tatsache. Kein Wunder daher, dass das gesellschaftliche Besein aller Jahrhunderte, aller Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit zum Trotz, in gewissen gemeinsamen Formen sich bewegt, in gänzlichen Verschwinden des Klassen-gegensatzes sich vollständig auflösen.“ Aus: *Manifest der Kommunistischen Partei, 1848*

Der heutige Grundwiderspruch der Gesellschaft ist der Gegensatz zwischen der hoch arbeitsteiligen und gesellschaftlichen Lohnarbeit und der Aneignung der Ergebnisse dieser Lohnarbeit durch das private Kapital. Der Lohn des Arbeiters entspricht nur einem Teil dessen, was er durch seine Arbeit tatsächlich erwirtschaftet hat. Es besteht also ein Ausbeutungsverhältnis zwischen der Bourgeoisie (den Besitzern der Unternehmen wie z. B. Porsche/Piech, Quandt, Klatten, Bosch, Heraeus, Boehringer, Schaeffler usw.) und dem Proletariat – denjenigen also die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Ich will

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer DKP- Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Name

Vorname

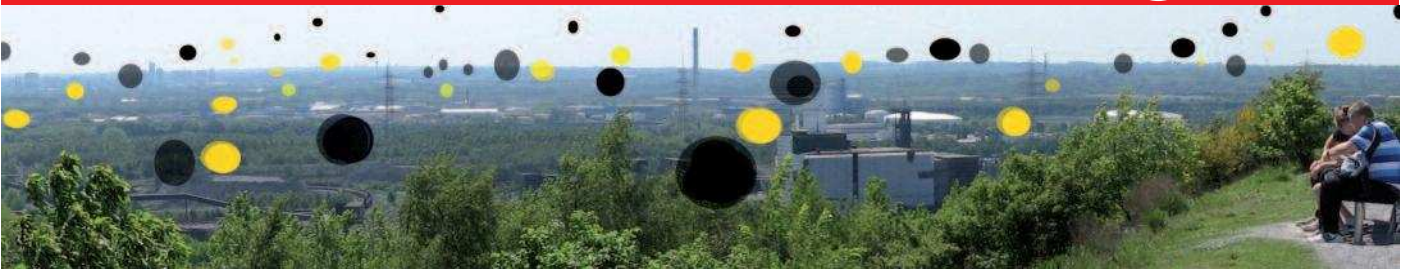
Straße

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:
DKP Essen • Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de

Schwarze Ballons über dem Ruhrgebiet



Eine der wenigen, nicht völlig abgedrehten Großaktionen der Ruhr 2010 GmbH ist die Aktion Schachtzeichen. 350-450 große gelbe Ballons sollen Ende Mai im ganzen Ruhrgebiet an Zechen, an die Arbeit der Bergleute erinnern.

Bergleute waren immer kämpferisch und haben sich nicht alles gefallen lassen. Daran will die DKP mit einer Aktion erinnern. Sie ruft auf am 29. Mai von 11 Uhr bis 14 Uhr überall dort schwarze Ballons steigen zu lassen, wo die Krisenlasten auf die Menschen abgewälzt werden, wo geschlossen und gekürzt wird.

In Essen geplant sind bislang unter anderem die Twentmannhalle, das Jugendzentrum Papestraße, das Südbad, die Stadtteilbibliothek in Stoppenberg und in Dellwig, der Sportplatz Serlostraße, das ehemalige Bethesda-Krankenhaus in Borbeck.

Übrigens, die Ruhr 2010 GmbH unter Pleitgen und Scheytt hält nichts von Solidarität. Sie lies der DKP die Verwendung eines Fotos, in das die schwarzen Ballons hineinmontiert waren, untersagen.

Unsolidarisch und auch noch humorlos – schade eigentlich.

DKP begleitete Arbeitslose zur ARGE



Rotlicht interviewte Patrik Köbele von der DKP Essen über seine Erfahrungen bei der Begleitung von Arbeitslosen zur ARGE.

rotlicht: Patrik, du hast Arbeitslose zur ARGE oder zu Maßnahmenträgern begleitet, wie sind deine Erfahrungen:

Patrik Köbele: Erschütternd, in einem Fall hat die Betroffene einen Arbeitsvertrag ab dem 01. Juli, muss aber im Mai und Juni nochmals jeweils 5 Bewerbungen vorweisen um nicht Gefahr zu laufen, dass ihre Bezüge gekürzt werden. Das hat mit Fördern nichts zu tun, das ist Schikane, denn

wer stellt für 1-2 Monate jemanden ein, der noch eingearbeitet werden muss. Im anderen Fall war die Arbeitslose Teilnehmerin einer „Maßnahme“, die im Wesentlichen darin bestand, dass sie sich alle zwei Wochen melden musste, um zu erfahren, dass man nichts für sie habe. In dem Gespräch, bei dem ich dabei war, war es mal wieder ein neuer Ansprechpartner – aber immerhin er stimmte zu, dass diese Maßnahme für die Betroffene völlig sinnlos sei, er warnte nur davor, dass die ARGE vermutlich nicht gewillt sei, was zu ändern, „denn so sind sie ja aus der Statistik raus“.

rotlicht: Hältst Du das für ein Problem der Mitarbeiter der ARGE ?

Nein, ich habe den Eindruck, dass das

System hat und auch die Beschäftigten der ARGE zu solchen Dingen gedrängt werden. Allerdings gibt es sicher welche, die dabei völlig übers Ziel schießen und leider wohl zu wenige, die ehrlich und überzeugt den Arbeitslosen helfen wollen.

rotlicht: Was empfiehlst Du Arbeitslosen ?

Patrik Köbele: Ich hatte den Eindruck, dass es Sinn macht, bei solchen Terminen nicht allein zu erscheinen. Man fühlt sich selbst sicherer. Das wirkt sich sofort aufs Gesprächsklima aus und zudem können Zeugen durchaus hilfreich sein.

rotlicht: Helft ihr als DKP dabei ?

Patrik Köbele: Sicher, wer eine Begleitung für solche Gespräche sucht, kann uns anrufen (**Tel. 23 56 45**). Wir versuchen das dann zu vermitteln.

Termine

MASCH: (maschessen@aol.com)

Marxistische Parteitheorie

Donnerstag, 10. Juni, 19:30 Uhr
Referent: Dr. Hans-Peter Brenner, Bonn, Psychologe, Autor der UZ und der Marxistischen Blätter, deren Herausgeberkreis er angehört.
Ort: Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

DKP Termine:

Treffen der DKP Steele

Bürgerhaus Oststadt, 19:30 Uhr, 4. Mai, Naziprovokation - Moschee/Oseberg; 18. Mai, DGB – neue Satzung; 1. Juni, Antifaschistische Stadtrundfahrt für Essen vorbereiten; 15 Juni, European Left – Entwick-

lung, Positionierung und bisherige Erfahrungen

Treffen der DKP Frohnhausen/ Holsterhausen, Holsterhauser Hof, 19.30 Uhr, 18. Mai und 22. Juni

Treffen der DKP Altenessen, Gaststätte Glückauf, Karlstr./ Bischoffstr, 19.30 Uhr, 11. Mai und 8. Juni

Treffen der DKP Borbeck/Altendorf 19.30 Uhr, 12. Mai - Thema: Die Sparvorschläge des Rates der Stadt Essen; 09. Juni - Thema: Was machen wir nach den Sommerferien? Ort: erfragen unter: 235645

Treffen der DKP Mitte/ Süd, Hoffnungstraße 18, 19.30 Uhr, 11. Mai, 8. Juni und 6. Juli

1. Mai-Demo startet am 1. Mai um 10.00 Uhr am Frohnhauser Markt und wird gegen 11.00 Uhr auf dem Kennedyplatz zur anschließenden Hauptkundgebung eintreffen.

Landesweiter Bildungsstreik

5.05.2010
Demo in Düsseldorf, Treffpunkt 11 Uhr Hbf

